

2012

Ausgegeben zu Bonn am 22. März 2012

Nr. 7

Tag	Inhalt	Seite
15. 3. 2012	Gesetz zu dem Abkommen vom 4. Februar 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinnungsgemeinschaft FNA: 400-2, 302-2, 315-24, 611-8-2-2 GESTA: XC004	178
25. 1. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen sowie des Zusatzprotokolls hierzu	187
2. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	190
2. 2. 2012	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 5. April 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien über den Sitz des IRENA-Innovations- und Technologiezentrums	191
6. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	191
13. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderung von 1997 des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	192
13. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1996 zur Änderung des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen	192
13. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Streumunition	193
13. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls V zum VN-Waffenübereinkommen	193
15. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen	194
15. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	194
16. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde	195
16. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht	195
16. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern	196
20. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs	196
21. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt	197
21. 2. 2012	Bekanntmachung des deutsch-tadschikischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	197
22. 2. 2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe	200

Gesetz
zu dem Abkommen vom 4. Februar 2010
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft

Vom 15. März 2012

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmung

Dem in Paris am 4. Februar 2010 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs

Das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Juli 2011 (BGBl. I S. 1600) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zum Buch 4 Abschnitt 1 Titel 6 Untertitel 2 Kapitel 3 folgende Angabe eingefügt:

„Kapitel 4

Wahl-Zugewinngemeinschaft“.

2. Nach § 1518 wird folgendes Kapitel 4 eingefügt:

„Kapitel 4

Wahl-Zugewinngemeinschaft

§ 1519

Vereinbarung durch Ehevertrag

Vereinbaren die Ehegatten durch Ehevertrag den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft, so gelten die Vorschriften des Abkommens vom 4. Februar 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und

der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft. § 1368 gilt entsprechend. § 1412 ist nicht anzuwenden.“

Artikel 3

**Änderung des
Rechtspflegergesetzes**

§ 25 Nummer 3 des Rechtspflegergesetzes vom 5. November 1969 (BGBl. I S. 2065), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2582) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Buchstabe b wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
2. Folgender Buchstabe c wird angefügt:

„c) die Entscheidung über die Stundung einer Ausgleichsforderung und Übertragung von Vermögensgegenständen nach § 1519 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit Artikel 12 Absatz 2 Satz 2 und Artikel 17 des Abkommens vom 4. Februar 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft, jeweils auch in Verbindung mit § 7 des Lebenspartnerschaftsgesetzes, soweit nicht über die Ausgleichsforderung ein Rechtsstreit anhängig wird.“

Artikel 4

**Änderung des Gesetzes
über das Verfahren in Familiensachen und in den
Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit**

Das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 32 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 264 wie folgt gefasst:

„§ 264 Verfahren auf Stundung und auf Übertragung von Vermögensgegenständen“.

2. § 261 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Güterrechtssachen sind auch Verfahren nach § 1365 Absatz 2, § 1369 Absatz 2, den §§ 1382, 1383, 1426, 1430 und 1452 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie nach § 1519 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 2 Satz 2 und Artikel 17 des Abkommens vom 4. Februar 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft.“

3. § 264 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 264

Verfahren auf Stundung und auf Übertragung von Vermögensgegenständen“.

- b) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„In den Verfahren nach den §§ 1382 und 1383 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie nach § 1519 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit Artikel 12 Absatz 2 Satz 2 und Artikel 17 des Abkommens vom 4. Februar 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft wird die Entscheidung des Gerichts erst mit Rechtskraft wirksam.“

4. § 269 Absatz 1 Nummer 12 wird wie folgt gefasst:

„12. Entscheidungen nach § 7 des Lebenspartnerschaftsgesetzes in Verbindung mit den §§ 1426, 1430, 1452 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder mit § 1519 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und

Artikel 5 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 2 Satz 2 oder Artikel 17 des Abkommens vom 4. Februar 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft.“

Artikel 5

Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes

Dem § 5 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1997 (BGBl. I S. 378), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2592) geändert worden ist, wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Wird der Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft (§ 1519 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) beendet und der Zugewinn ausgeglichen, so gehört die Ausgleichsforderung (Artikel 12 Absatz 1 des Abkommens vom 4. Februar 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft) nicht zum Erwerb im Sinne der §§ 3 und 7.“

Artikel 6

Inkrafttreten

(1) Die Artikel 2 bis 5 treten an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen vom 4. Februar 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft nach seinem Artikel 20 Absatz 2 in Kraft tritt. Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

(2) Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 15. März 2012

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Horst Seehofer

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin der Justiz
S. Leutheusser-Schnarrenberger

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft

Accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République Française
instituant un régime matrimonial optionnel de la participation aux acquêts

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Französische Republik,

im Folgenden als „Vertragsstaaten“ bezeichnet,
von dem Wunsch geleitet, ihre Vorschriften zum Güterrecht anzugleichen,

in der Absicht, mit diesem Abkommen einen neuen gemeinsamen Wahlgüterstand zu schaffen, der neben die anderen Güterstände tritt, die sich im innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten in Kraft befinden,

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I
Anwendungsbereich und Definition

Artikel 1
Anwendungsbereich

Der Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft steht Ehegatten zur Verfügung, deren Güterstand dem Sachrecht eines Vertragsstaates unterliegt. Der Inhalt dieses gemeinsamen Wahlgüterstandes ist in den Artikeln 2 bis 18 geregelt.

Artikel 2
Definition

Im Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft bleibt das Vermögen der Ehegatten getrennt. Zugewinn ist der Betrag, um den das Endvermögen eines Ehegatten sein Anfangsvermögen übersteigt. Bei Beendigung des Güterstandes ergibt sich die Zugewinnausgleichsforderung aus dem Vergleich der erzielten Zugewinne der Ehegatten.

La République fédérale d'Allemagne
Et
La République française,

ci-après dénommées «les Etats contractants»,
désireuses de rapprocher leur droit des régimes matrimoniaux,

désireuses de créer par le présent accord un régime matrimonial commun optionnel qui doit prendre place aux côtés des autres régimes matrimoniaux en vigueur dans le droit national des Etats contractants,

sont convenues des dispositions suivantes:

Chapitre 1^{er}
Champ d'application et définition

Article 1^{er}
Champ d'application

Le régime matrimonial optionnel de la participation aux acquêts peut être choisi par des époux dont la loi applicable au régime matrimonial est celle d'un Etat contractant. Le contenu de ce régime matrimonial commun est régi par les articles 2 à 18.

Article 2
Définition

Dans le régime optionnel de la participation aux acquêts, le patrimoine des époux reste séparé. Les acquêts sont constitués du montant de la différence entre le patrimoine final d'un époux et son patrimoine originaire. A la dissolution du régime matrimonial, la créance de participation résulte de la comparaison des acquêts de chacun des époux.

Kapitel II

Begründung des Güterstandes

Artikel 3

Begründung des Güterstandes

(1) Die Ehegatten können durch Ehevertrag vereinbaren, dass die Wahl-Zugewinngemeinschaft ihr Güterstand ist.

(2) Der Vertrag kann vor Eingehung oder während des Bestandes der Ehe geschlossen werden. Der Güterstand wird mit Abschluss des Vertrages wirksam, wobei die Vorschriften über die Änderung eines bis dahin bestehenden Güterstandes unberührt bleiben. Er wird frühestens mit dem Tag der Eheschließung wirksam.

(3) Der Vertrag kann von Kapitel V abweichen.

Kapitel III

Vermögensverwaltung, -nutzung und -verfügung

Artikel 4

Allgemeine Bestimmungen zur Vermögensverwaltung, -nutzung und -verfügung

Jeder Ehegatte verwaltet und nutzt sein Vermögen allein; er verfügt allein über sein Vermögen. Das Recht, frei über das Vermögen zu verfügen, ist gleichwohl durch Artikel 5 beschränkt.

Artikel 5

Verfügungsbeschränkungen

(1) Rechtsgeschäfte eines Ehegatten über Haushaltsgegenstände oder über Rechte, durch die die Familienwohnung sichergestellt wird, sind ohne Zustimmung des anderen Ehegatten unwirksam. Sie können jedoch vom anderen Ehegatten genehmigt werden.

(2) Ein Ehegatte kann gerichtlich ermächtigt werden, ein Rechtsgeschäft allein vorzunehmen, zu der die Zustimmung des anderen notwendig wäre, falls dieser zur Zustimmung außerstande ist oder sie verweigert, ohne dass Belange der Familie dies rechtfertigen.

Artikel 6

Geschäfte zur Führung des Haushalts

(1) Jeder Ehegatte kann Verträge zur Führung des Haushalts und für den Bedarf der Kinder allein schließen. Diese Verträge verpflichten den anderen Ehegatten gesamtschuldnerisch.

(2) Wenn ein Ehegatte Zahlungsverpflichtungen eingeht, die insbesondere nach der Lebensführung der Ehegatten offensichtlich unangemessen sind, und dem Vertragspartner dies bekannt war oder er es erkennen musste, wird der andere Ehegatte abweichend von Absatz 1 nicht verpflichtet.

Kapitel IV

Beendigung des Güterstandes

Artikel 7

Gründe für die Beendigung des Güterstandes

Der Güterstand endet

1. durch Tod oder Todeserklärung eines Ehegatten,
2. durch Wechsel des Güterstandes oder
3. mit Rechtskraft der Ehescheidung oder jeder anderen gerichtlichen Entscheidung, die den Güterstand beendet.

Chapitre II

Adoption du régime matrimonial

Article 3

Adoption du régime matrimonial

(1) Les époux peuvent convenir par contrat de mariage que le régime optionnel de la participation aux acquêts constitue leur régime matrimonial.

(2) Le contrat peut être conclu avant ou pendant le mariage. Le régime matrimonial prend effet au moment de la conclusion du contrat, sans préjudice des dispositions applicables au changement de régime matrimonial. Il prend effet au plus tôt à la date de la célébration du mariage.

(3) Le contrat peut déroger aux règles du chapitre V.

Chapitre III

Administration, jouissance et disposition du patrimoine

Article 4

Dispositions générales en matière d'administration, de jouissance et de disposition du patrimoine

Chaque époux a la gestion et la jouissance exclusive de son patrimoine; il en dispose seul. Néanmoins, le droit de disposer librement de son patrimoine est limité par les dispositions de l'article 5.

Article 5

Restrictions aux règles de disposition

(1) Les actes de disposition d'objets du ménage ou de droits par lesquels est assuré le logement de la famille passés par un époux sans le consentement de l'autre sont nuls. Toutefois, ils peuvent être ratifiés par l'autre époux.

(2) Un époux peut être autorisé par justice à passer seul un acte pour lequel le consentement de son conjoint serait nécessaire, si celui-ci est hors d'état de manifester sa volonté ou si son refus n'est pas justifié par l'intérêt de la famille.

Article 6

Actes relevant de l'entretien du ménage

(1) Chacun des époux a pouvoir pour passer seul les contrats qui ont pour objet l'entretien du ménage et l'éducation des enfants. Ces contrats obligent solidairement l'autre époux.

(2) Lorsque l'un des époux contracte des dettes dont le caractère manifestement excessif, notamment eu égard au train de vie des époux, est connu de l'autre partie au contrat ou aurait dû l'être, ces dettes n'engagent pas l'autre époux, par dérogation au paragraphe 1.

Chapitre IV

Dissolution du régime matrimonial

Article 7

Causes de dissolution du régime

Le régime matrimonial est dissous

1. par le décès ou la déclaration d'absence de l'un des époux,
2. par le changement de régime matrimonial ou
3. par le jugement de divorce ou toute autre décision judiciaire emportant dissolution du régime matrimonial.

Kapitel V

Festsetzung
der Zugewinnausgleichsforderung
bei der Beendigung des Güterstandes

Abschnitt 1

Anfangsvermögen

Artikel 8

Zusammensetzung des Anfangsvermögens

(1) Anfangsvermögen ist das Vermögen jedes Ehegatten am Tag des Eintritts des Güterstandes. Verbindlichkeiten werden im Anfangsvermögen berücksichtigt, auch wenn sie das Aktivvermögen übersteigen.

(2) Vermögen, das ein Ehegatte später durch Erbschaft, Schenkung oder als Schmerzensgeld erwirbt, wird dem Anfangsvermögen hinzugerechnet. Die Verbindlichkeiten, die dieses Vermögen betreffen, werden beim Anfangsvermögen selbst dann berücksichtigt, wenn sie das Aktivvermögen überschreiten.

(3) Dem Anfangsvermögen werden nicht zugerechnet:

1. dessen Früchte,
und
2. die Gegenstände des Anfangsvermögens, die ein Ehegatte während des Güterstands Verwandten in gerader Linie geschenkt hat.

(4) Die Ehegatten erstellen bei Abschluss des Ehevertrages ein Verzeichnis über ihr Anfangsvermögen. Es wird vermutet, dass dieses Verzeichnis richtig ist, wenn es von beiden Ehegatten unterzeichnet wurde.

(5) Ist kein Verzeichnis erstellt worden, so wird vermutet, dass kein Anfangsvermögen vorhanden ist.

Artikel 9

Bewertung des Anfangsvermögens

(1) Das Anfangsvermögen wird wie folgt bewertet:

1. Am Tag des Eintritts des Güterstandes vorhandene Gegenstände werden mit dem Wert angesetzt, den sie zu diesem Zeitpunkt hatten.
2. Nach dem Tag des Eintritts des Güterstandes erworbene Gegenstände, die nach Artikel 8 Absatz 2 dem Anfangsvermögen zuzurechnen sind, werden mit dem Wert angesetzt, den sie am Tag des Erwerbs hatten.

(2) Alle Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte des Anfangsvermögens mit Ausnahme des Nießbrauchs und des Wohnrechts werden jedoch mit dem Wert angesetzt, den sie am Tag der Beendigung des Güterstandes haben. Wurden diese Gegenstände während der Ehe veräußert oder ersetzt, so ist der Wert am Tag der Veräußerung oder Ersetzung zugrunde zu legen. Änderungen ihres Zustandes, die während der Ehe vorgenommen worden sind, werden bei der Bewertung des Anfangsvermögens nicht berücksichtigt.

(3) Werden die Gegenstände zu einem Zeitpunkt vor der Beendigung des Güterstandes bewertet, so ist ihr nach den Absätzen 1 und 2 bestimmter Wert von diesem Zeitpunkt an um den Betrag anzupassen, der sich aus den gemittelten Preisänderungsraten für allgemeine Verbraucherpreise der Vertragsstaaten ergibt.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für die Bewertung von Verbindlichkeiten.

Chapitre V

Détermination
de la créance de participation
à la dissolution du régime

Section 1

Patrimoine originaire

Article 8

Composition du patrimoine originaire

(1) Le patrimoine originaire est le patrimoine de chacun des époux à la date à laquelle le régime matrimonial prend effet. Les dettes sont prises en compte dans le patrimoine originaire, même lorsqu'elles excèdent le montant de l'actif.

(2) Les biens reçus ultérieurement par l'un des époux par succession ou donation ou les indemnités perçues en réparation d'un dommage corporel ou moral sont ajoutés au patrimoine originaire. Les dettes afférentes à ces biens sont prises en compte dans le patrimoine originaire, même lorsqu'elles excèdent le montant de l'actif.

(3) Le patrimoine originaire ne comprend pas:

1. Les fruits des biens qui le composent; et
2. Les biens du patrimoine originaire donnés par un époux à des parents en ligne directe au cours du régime matrimonial.

(4) Lors de la conclusion du contrat de mariage, les époux établissent un inventaire de leur patrimoine originaire respectif. Cet inventaire est présumé exact lorsque les deux époux l'ont signé.

(5) Si aucun inventaire n'a été établi, le patrimoine originaire est présumé nul.

Article 9

Evaluation du patrimoine originaire

(1) Le patrimoine originaire est évalué comme suit:

1. Les biens existant à la date de prise d'effet du régime matrimonial sont évalués à cette date.
2. Les biens acquis après la date de prise d'effet du régime matrimonial et qui, en vertu du paragraphe 2 de l'article 8, font partie du patrimoine originaire, sont évalués à la date de leur acquisition.

(2) Toutefois, les immeubles et droits réels immobiliers du patrimoine originaire, autres que l'usufruit et le droit d'usage et d'habitation, sont évalués à la date de la dissolution du régime. Si ces biens ont été cédés ou remplacés au cours du mariage, est retenue leur valeur à la date de la cession ou du remplacement. Les modifications de leur état entreprises au cours du mariage ne sont pas prises en compte dans l'évaluation du patrimoine originaire.

(3) Lorsque les biens sont évalués à une date antérieure à la dissolution du régime matrimonial, leur valeur déterminée en application des paragraphes 1 et 2 est indexée sur la variation moyenne de l'indice général des prix à la consommation des Etats contractants.

(4) Les paragraphes 1 et 3 s'appliquent aussi à l'évaluation des dettes.

Abschnitt 2
Endvermögen

Artikel 10

Zusammensetzung des Endvermögens

(1) Das Endvermögen ist das Vermögen jedes Ehegatten am Tag der Beendigung des Güterstandes. Verbindlichkeiten werden im Endvermögen berücksichtigt, auch wenn sie das Aktivvermögen übersteigen.

(2) Dem Endvermögen wird der Wert der Gegenstände hinzugerechnet, die ein Ehegatte:

1. verschenkt hat, es sei denn,
 - a) die Schenkung ist nach der Lebensführung der Ehegatten angemessen oder
 - b) es wurde einem Verwandten in gerader Linie ein Gegenstand aus dem Anfangsvermögen geschenkt. Der Wertzuwachs durch Verbesserungen an einem solchen Gegenstand, der während der Dauer des Güterstands durch vom Anfangsvermögen unabhängige Mittel erzielt wurde, ist dem Endvermögen gleichwohl zuzurechnen,
2. in der Absicht, den anderen zu benachteiligen, veräußert hat, oder
3. verschwendet hat.

Dies gilt nicht, wenn die Schenkung, Veräußerung in Benachteiligungsabsicht oder Verschwendung mehr als zehn Jahre vor der Beendigung des Güterstandes erfolgt ist oder der andere Ehegatte damit einverstanden gewesen ist.

Artikel 11

Bewertung des Endvermögens

(1) Dem Endvermögen wird sowohl hinsichtlich Aktivvermögen als auch Verbindlichkeiten der Wert zugrunde gelegt, den das Vermögen bei Beendigung des Güterstandes hatte.

(2) Die Gegenstände nach Artikel 10 Absatz 2 werden nach ihrem Wert zum Zeitpunkt der Schenkung, Veräußerung in Benachteiligungsabsicht oder Verschwendung bewertet. Die Wertverbesserung nach Artikel 10 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe b wird zum Zeitpunkt der Schenkung des Gegenstands bewertet.

(3) Die Werte nach Absatz 2 sind um den Betrag anzupassen, der sich aus den gemittelten Preisänderungsraten für allgemeine Verbraucherpreise der Vertragsstaaten ergibt.

Abschnitt 3

Zugewinnausgleichsforderung

Artikel 12

Anspruch auf Zugewinnausgleich

(1) Übersteigt bei Beendigung des Güterstandes der Zugewinn des einen Ehegatten den Zugewinn des anderen, so kann der andere Ehegatte die Hälfte des Überschusses als Zugewinnausgleichsforderung verlangen.

(2) Die Zugewinnausgleichsforderung ist ein Geldanspruch. Das Gericht kann jedoch auf Antrag eines der Ehegatten anordnen, dass Gegenstände des Schuldners dem Gläubiger zum Zweck des Ausgleichs übertragen werden, wenn das der Billigkeit entspricht.

(3) Die Zugewinnausgleichsforderung ist nach Beendigung des Güterstandes vererblich und übertragbar.

Section 2
Patrimoine final

Article 10

Composition du patrimoine final

(1) Le patrimoine final est constitué des biens appartenant à l'époux à la date de la dissolution du régime. Les dettes sont prises en compte, même lorsqu'elles excèdent le montant de l'actif.

(2) Est ajouté au patrimoine final la valeur des biens qu'un époux:

1. a donnés, sauf:
 - a) si la donation n'est pas excessive eu égard au train de vie des époux ou
 - b) la donation porte sur un bien du patrimoine originaire donné à des parents en ligne directe. Toutefois, la plus-value apportée par les améliorations réalisées sur ce bien, pendant la durée du régime matrimonial, avec des deniers ne dépendant pas du patrimoine originaire, est ajoutée au patrimoine final.
2. a cédés dans le but de léser l'autre époux ou
3. a dissipés.

Ces dispositions ne s'appliquent pas si la donation, l'aliénation frauduleuse ou la dissipation est intervenue plus de dix ans avant la dissolution du régime matrimonial ou si l'autre époux y a consenti.

Article 11

Evaluation du patrimoine final

(1) Le patrimoine final est évalué, tant en ce qui concerne l'actif que le passif, à la date de la dissolution du régime matrimonial.

(2) La valeur des biens visés au paragraphe 2 de l'article 10 est fixée à la date de la donation, de l'aliénation frauduleuse ou de la dissipation. La plus-value visée au paragraphe 2. 1b de l'article 10, est évaluée à la date de la donation du bien.

(3) Les valeurs indiquées au paragraphe 2 sont indexées sur la variation moyenne de l'indice général des prix à la consommation des Etats contractants.

Section 3

Créance de participation

Article 12

Droit à créance de participation

(1) Si à la dissolution du régime matrimonial, les acquêts d'un époux excèdent les acquêts de l'autre époux, ce dernier peut faire valoir à l'encontre de son conjoint une créance de participation égale à la moitié de la différence.

(2) La créance de participation donne lieu à un paiement en argent. Toutefois, le tribunal peut, à la demande de l'un ou l'autre des époux, ordonner, à l'effet de ce paiement, le transfert de biens du débiteur au créancier, si cela répond au principe de l'équité.

(3) Après la dissolution du régime matrimonial, la créance de participation est transmissible à cause de mort et cessible entre vifs.

Artikel 13**Berechnungszeitpunkte in Sonderfällen**

Wird die Ehe geschieden oder der Güterstand durch eine andere gerichtliche Entscheidung aufgelöst, bestimmt sich die Zugewinnausgleichsforderung nach Zusammensetzung und Wert des Vermögens der Ehegatten zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags bei Gericht.

Artikel 14**Begrenzung der
Zugewinnausgleichsforderung**

Die Zugewinnausgleichsforderung wird auf den halben Wert des Vermögens des Ausgleichspflichtigen begrenzt, das nach Abzug der Verbindlichkeiten zu dem Zeitpunkt, der für die Feststellung der Höhe der Zugewinnausgleichsforderung maßgebend ist, vorhanden ist. Die Begrenzung der Zugewinnausgleichsforderung erhöht sich in den Fällen des Artikel 10 Absatz 2 mit Ausnahme von Nummer 1 Buchstabe b um die Hälfte des dem Endvermögen hinzuzurechnenden Betrages.

Kapitel VI

Sonstiges

Artikel 15**Verjährung**

Der Anspruch auf Zugewinnausgleich verjährt in drei Jahren; die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Ehegatte von der Beendigung des Güterstandes erfährt, spätestens jedoch zehn Jahre nach der Beendigung des Güterstandes.

Artikel 16**Auskunftspflicht, Verzeichnis**

(1) Nach Beendigung des Güterstandes ist jeder Ehegatte verpflichtet, dem anderen Ehegatten über den Bestand seines Anfangs- und Endvermögens Auskunft zu erteilen. Auf Verlangen sind Belege vorzulegen. Jeder Ehegatte kann die Vorlage eines vollständigen und richtigen Verzeichnisses verlangen. Bei dessen Erstellung ist er auf sein Verlangen hinzuzuziehen. Er kann außerdem verlangen, dass das Verzeichnis auf seine Kosten durch einen Notar aufgenommen wird.

(2) Absatz 1 gilt auch, sobald ein Ehegatte die Auflösung der Ehe oder den vorzeitigen Ausgleich des Zugewinns beantragt hat.

Artikel 17**Stundung**

(1) Das Gericht kann auf Antrag dem Schuldner die Zugewinnausgleichsforderung stunden, wenn die sofortige Zahlung für den Schuldner eine unbillige Härte wäre, insbesondere wenn sie ihn zur Aufgabe eines Gegenstandes zwingen würde, der seine wirtschaftliche Lebensgrundlage bildet.

(2) Eine gestundete Forderung ist zu verzinsen.

(3) Das Gericht kann auf Antrag des Gläubigers anordnen, dass der Schuldner für eine gestundete Forderung Sicherheit leistet; über Art und Umfang der Sicherheitsleistung entscheidet das Gericht nach billigem Ermessen.

Article 13**Date d'effet dans des cas particuliers**

Si le mariage est dissous par divorce ou si le régime matrimonial est dissous par une autre décision judiciaire, la créance de participation est déterminée en fonction de la composition et de la valeur du patrimoine des époux à la date d'introduction de la demande en justice.

Article 14**Limitation de la
créance de participation**

La créance de participation est limitée à la moitié de la valeur du patrimoine de l'époux débiteur tel qu'il existe, après déduction des dettes, à la date retenue pour la détermination du montant de cette créance. La limite de la créance de participation est relevée de la moitié du montant ajouté au patrimoine final en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 10, à l'exception du cas visé à l'alinéa 1. b dudit article.

Chapitre VI

Dispositions diverses

Article 15**Prescription**

Le droit à la créance de participation se prescrit par trois ans à compter de la date à laquelle l'époux a connaissance de la dissolution du régime matrimonial, et au plus tard dix ans après la dissolution du régime.

Article 16**Obligation d'information, inventaire**

(1) Après la dissolution du régime matrimonial, chacun des époux a l'obligation de fournir à l'autre époux toutes informations sur la composition de ses patrimoines originaire et final. Sur demande, il doit présenter des justificatifs. Chacun des époux peut exiger la présentation d'un inventaire sincère et véritable. A sa demande, il doit être appelé à cet inventaire. Il peut en outre exiger que l'inventaire soit établi par un notaire à ses frais.

(2) Le paragraphe 1 ci-dessus s'applique également dès lors que l'un des époux a demandé la dissolution du mariage ou la liquidation anticipée de la créance de participation.

Article 17**Délais de paiement**

(1) Si le règlement immédiat de la créance de participation pénalise de manière inéquitable le débiteur, notamment en l'obligeant à céder un bien constituant son moyen de subsistance, le tribunal peut, à sa demande, lui accorder des délais pour le règlement de la créance.

(2) La créance dont le paiement est différé porte intérêts.

(3) Le tribunal peut, à la demande du créancier, imposer au débiteur la fourniture de sûretés dont il détermine la nature et le montant en équité.

Artikel 18**Vorzeitiger Zugewinnausgleich**

(1) Wenn ein Ehegatte sein Vermögen so verwaltet, dass er dadurch die Rechte des anderen bei der Berechnung der Zugewinnausgleichsforderung beeinträchtigt, kann der andere Ehegatte vorzeitigen Ausgleich des Zugewinns verlangen. Dies gilt insbesondere in den Fällen, die zu der fiktiven Hinzurechnung nach Artikel 10 Absatz 2 führen.

(2) Mit Rechtskraft der Entscheidung, durch die dem Antrag stattgegeben wird, gilt für die Ehegatten Gütertrennung.

Kapitel VII**Schlussbestimmungen****Artikel 19****Zeitliche Anwendung**

Dieses Abkommen findet auf die Eheverträge Anwendung, die die Ehegatten nach seinem Inkrafttreten geschlossen haben.

Artikel 20**Ratifikation und Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der dem Austausch der Ratifikationsurkunden folgt.

(3) Dieses Abkommen gilt zunächst zehn Jahre. Nach Ablauf dieser zehn Jahre wird es stillschweigend auf unbestimmte Zeit verlängert.

(4) Dieses Abkommen kann frühestens zehn Jahre nach seinem Inkrafttreten durch einen Vertragsstaat gekündigt werden. Das Abkommen tritt am ersten Tag des dreizehnten Monats außer Kraft, der dem Tag des Eingangs der Notifikation beim anderen Vertragsstaat folgt.

Artikel 21**Beitritt**

(1) Nach Inkrafttreten dieses Abkommens kann jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union diesem Abkommen beitreten. Im Fall des Beitritts eines oder mehrerer Staaten handelt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Verwahrer des Übereinkommens. Die Beitrittsurkunden sind beim Verwahrer zu hinterlegen.

(2) Das Übereinkommen tritt für den beitretenden Staat am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgt. Der Verwahrer notifiziert den Vertragsstaaten jeden neuen Beitritt, sowie den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens für die beitretenden Staaten.

(3) Ab dem Zeitpunkt des Beitritts eines oder mehrerer Staaten ist eine Kündigung dem Verwahrer zu notifizieren. Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen frühestens zehn Jahre, nachdem es für ihn in Kraft getreten ist, kündigen. Die Kündigung wird am ersten Tag des dreizehnten Monats wirksam, der dem Tag des Eingangs der Notifikation beim Verwahrer folgt. Der Verwahrer notifiziert den Vertragsstaaten jede Kündigung und das Datum, an dem diese Kündigung wirksam wird.

Artikel 22**Sprachen des Übereinkommens**

Beim Beitritt eines Staates entscheiden die Vertragsstaaten über die Festlegung einer weiteren verbindlichen Sprachfassung.

Article 18**Liquidation anticipée de la créance de participation**

(1) Si la gestion de son patrimoine par l'un des époux est de nature à compromettre les droits de l'autre au titre du calcul de la créance de participation, ce dernier peut demander la liquidation anticipée de la créance de participation. Il en est notamment ainsi dans les cas qui conduisent à la réunion fictive visée au paragraphe 2 de l'article 10.

(2) A compter de la décision définitive faisant droit à la demande, les époux sont placés sous le régime de la séparation de biens.

Chapitre VII**Dispositions finales****Article 19****Application dans le temps**

Le présent accord s'appliquera pour les contrats conclus par les époux après son entrée en vigueur.

Article 20**Ratification et entrée en vigueur**

(1) Le présent accord est soumis à ratification.

(2) Le présent accord entrera en vigueur le premier jour du mois suivant l'échange des instruments de ratification.

(3) Le présent accord est conclu pour une période initiale de dix ans. A l'issue de cette période initiale de dix ans, il est renouvelable par tacite reconduction pour une durée indéterminée.

(4) Le présent accord peut être dénoncé par un des Etats contractants au plus tôt à l'expiration de la dixième année après son entrée en vigueur. Le présent accord cessera de produire ses effets le premier jour du treizième mois suivant la date de la réception de la notification par l'autre Etat contractant.

Article 21**Adhésion**

(1) Après l'entrée en vigueur du présent accord, tout Etat membre de l'Union européenne peut adhérer à celui-ci. En cas d'adhésion d'un ou de plusieurs Etats, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne agira comme dépositaire de l'accord. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du dépositaire.

(2) Le présent accord entrera en vigueur pour l'Etat adhérent le premier jour du mois suivant le dépôt de son instrument d'adhésion. Le dépositaire notifie toute nouvelle adhésion aux Etats contractants, ainsi que la date d'entrée en vigueur de l'accord pour les Etats adhérents.

(3) Après l'adhésion d'un ou de plusieurs Etats contractants, la dénonciation du présent accord doit être notifiée au dépositaire. Chaque Etat contractant peut dénoncer le présent accord au plus tôt dix ans après son entrée en vigueur pour lui. Cette dénonciation entre en vigueur pour l'Etat qui l'a notifiée le premier jour du treizième mois suivant la date de la réception de la notification. Le dépositaire notifie toute dénonciation aux Etats contractants, ainsi que la date d'entrée en vigueur de la dénonciation.

Article 22**Régime linguistique de l'accord**

Les Etats contractants décident, lors de l'adhésion d'un autre Etat, s'il y a lieu ou non d'établir une version linguistique supplémentaire faisant foi.

Artikel 23**Registrierung**

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst.

Geschehen zu Paris am 4. Februar 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 23**Enregistrement**

Le présent accord sera enregistré sans délai, dès son entrée en vigueur, par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne auprès du Secrétariat des Nations Unies conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

Fait à Paris, le 4 février 2010 en deux originaux, chacun en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne

R. Schäfers
S. Leutheusser-Schnarrenberger

Für die Französische Republik
Pour la République française

M. Alliot-Marie

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
sowie des Zusatzprotokolls hierzu**

Vom 25. Januar 2012

I.

Das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386) ist nach seinem Artikel 28 Absatz 2 für

Chile am 28. August 2011
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen und eines Vorbehalts

Korea, Republik am 29. Dezember 2011
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen und Vorbehalte

in Kraft getreten.

II.

Chile hat anlässlich der Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 30. Mai 2011 folgende Erklärungen und folgenden Vorbehalt zum Übereinkommen abgegeben:

(Übersetzung)

„In accordance with Article 7, paragraph 3, of the Convention, the Republic of Chile declares that service of a summons on an accused person shall be transmitted to its authorities at least fifty (50) days in advance of the date set for appearance.

„Im Einklang mit Artikel 7 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Republik Chile, dass die Vorladung für einen Beschuldigten ihren Behörden spätestens fünfzig (50) Tage vor dem für das Erscheinen festgesetzten Zeitpunkt zu übermitteln ist.

In accordance with Article 15, paragraph 6, of the Convention, the Republic of Chile declares that for the purposes of Article 15, paragraph 1, letters rogatory referred to in Articles 3, 4 and 5 as well as the applications referred to in Article 11 shall be addressed by the Ministry of Foreign Affairs of Chile.

Im Einklang mit Artikel 15 Absatz 6 des Übereinkommens erklärt die Republik Chile, dass für die Zwecke des Artikels 15 Absatz 1 die in den Artikeln 3, 4 und 5 erwähnten Rechtshilfeersuchen sowie die in Artikel 11 erwähnten Ersuchen vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten von Chile übermittelt werden.

In accordance with the provisions in Article 15, paragraph 6, of the Convention, for the purposes of Article 15, paragraph 3, in relation to Article 13, paragraphs 1 and 2, the Republic of Chile declares that requests for mutual assistance consisting in transmission of extracts and information on court files shall be sent to the Ministry of Justice, and an information copy thereof to the Ministry of Foreign Affairs of Chile.

Im Einklang mit Artikel 15 Absatz 6 des Übereinkommens erklärt die Republik Chile für die Zwecke des Artikels 15 Absatz 3 in Bezug auf Artikel 13 Absätze 1 und 2, dass Rechtshilfeersuchen, die in der Übermittlung von Auszügen aus den Gerichtsakten und von auf diese bezüglichen Auskünften bestehen, dem Ministerium der Justiz zu übermitteln sind und eine Abschrift zur Kenntnis dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten von Chile zu übermitteln ist.

In accordance with the provisions in Article 16, paragraph 2, of the Convention, the Republic of Chile declares that requests shall be addressed to it accompanied by a translation into the Spanish language. With respect to annexed documentation, the Republic of Chile reserves the right to demand that it be translated into the Spanish language.

Im Einklang mit Artikel 16 Absatz 2 des Übereinkommens erklärt die Republik Chile, dass ihr Ersuchen mit einer Übersetzung in die spanische Sprache zu übermitteln sind. In Bezug auf die dem Ersuchen beigefügten Schriftstücke behält sich die Republik Chile das Recht vor, zu verlangen, dass sie in die spanische Sprache übersetzt werden.

In accordance with the provisions in Article 15, paragraph 6, of the Convention, the Republic of Chile declares that for the purposes of enforcing Article 21, paragraph 1,

Im Einklang mit Artikel 15 Absatz 6 des Übereinkommens erklärt die Republik Chile, dass Mitteilungen für die Zwecke der Durchführung des Artikels 21 Absatz 1 der

communications shall be transmitted to the Chilean Public Prosecutor's Office.

In accordance with Article 24 of the Convention, the Republic of Chile declares that the courts of justice composing The Judiciary shall, for the purposes of the Convention, be deemed as judicial authority.

Mutual assistance requests for the purposes of this Convention may also be transmitted to the Public Prosecutor's Office, which shall request the intervention of the competent Guarantee Judge where, under Chilean laws, it is required due to the nature of the request. However, in no case will this declaration grant jurisdictional powers to the Public Prosecutor's Office or make it a judicial authority.

In accordance with Article 5, paragraph 1, of the Convention, the Republic of Chile declares that it reserves the right to make the execution of letters rogatory for search or seizure of property dependent on the condition in letter (c), paragraph 1, of said Article 5."

chilenischen Staatsanwaltschaft zu übermitteln sind.

Im Einklang mit Artikel 24 des Übereinkommens erklärt die Republik Chile, dass die Gerichte, die die rechtsprechende Gewalt bilden, als Justizbehörden im Sinne des Übereinkommens zu betrachten sind.

Rechtshilfeersuchen für die Zwecke dieses Übereinkommens können auch der Staatsanwaltschaft übermittelt werden, die das Eingreifen des zuständigen Ermittlungsrichters (Juez de Garantía) verlangen kann, falls dies nach chilenischem Recht aufgrund der Art des Ersuchens erforderlich ist. In keinem Fall jedoch werden durch diese Erklärung der Staatsanwaltschaft gerichtliche Befugnisse übertragen oder wird diese zur Justizbehörde gemacht.

Im Einklang mit Artikel 5 Absatz 1 des Übereinkommens erklärt die Republik Chile, dass sie sich das Recht vorbehält, die Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme von Gegenständen der in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c genannten Bedingung zu unterwerfen."

Die Republik Korea hat anlässlich der Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 29. September 2011 folgende Erklärungen und folgende Vorbehalte zum Übereinkommen abgegeben:

(Übersetzung)

"The Republic of Korea declares that if the offence for which assistance is sought is punishable by death under the law of the Republic of Korea, and if in respect of such offence the death-penalty is not provided for by the law of the requested Party or is not normally carried out, the Republic of Korea, if requested, shall give assurance that the death-penalty will not be carried out even if it is imposed by a court of the Republic of Korea.

In respect of Article 7, paragraph 3, of the Convention, the Republic of Korea declares that it shall specify 'a certain time' to be 45 days.

In accordance with Article 15 of the Convention, the Republic of Korea reserves the right to limit its channels of communication to the diplomatic channel and the direct channel between the Ministries of Justice.

In respect of Article 16 of the Convention, the Republic of Korea reserves the right to apply Article 16, paragraph 2, as follows: 'Requests, annexed documents and any other communications pursuant to this Convention shall be accompanied by a translation into the language of the requested Party or into the English language'.

In respect of Article 5 of the Convention, the Republic of Korea reserves the right to make the execution of letters rogatory, provided that the conditions stipulated in subparagraphs 1.a and 1.c of Article 5 are complied with."

„Die Republik Korea erklärt, dass, ist die Handlung, derentwegen um Rechtshilfe ersucht wird, nach dem Recht der Republik Korea mit der Todesstrafe bedroht, und ist diese für solche Handlungen nach dem Recht des ersuchten Staates nicht vorgesehen oder wird sie von ihm in der Regel nicht vollstreckt, so gibt die Republik Korea, wird sie darum ersucht, die Zusicherung ab, dass die Todesstrafe nicht vollstreckt wird, auch dann nicht, wenn sie von einem Gericht der Republik Korea verhängt wird.

In Bezug auf Artikel 7 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Republik Korea, dass sie ‚eine bestimmte Frist‘ als eine Frist von 45 Tagen bestimmt.

Im Einklang mit Artikel 15 des Übereinkommens behält sich die Republik Korea das Recht vor, ihre Übermittlungswege auf den diplomatischen Weg und den unmittelbaren Weg zwischen den Justizministerien zu beschränken.

In Bezug auf Artikel 16 des Übereinkommens behält sich die Republik Korea das Recht vor, Artikel 16 Absatz 2 wie folgt anzuwenden: ‚Ersuchen, beigefügte Schriftstücke und jede andere Mitteilung nach diesem Übereinkommen werden mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates oder in die englische Sprache übermittelt‘.

In Bezug auf Artikel 5 des Übereinkommens behält sich die Republik Korea das Recht vor, die Erledigung von Rechtshilfeersuchen der Bedingung zu unterwerfen, dass die in Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a und c genannten Bedingungen erfüllt sind.“

III.

Das Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 (BGBl. 1990 II S. 124, 125) zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen ist nach seinem Artikel 5 Absatz 3 für

Chile am 28. August 2011
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung

Korea, Republik am 29. Dezember 2011
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung

in Kraft getreten.

IV.

Chile hat anlässlich der Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 30. Mai 2011 folgende Erklärung zum Zusatzprotokoll abgegeben:

(Übersetzung)

“The Republic of Chile declares, for the purposes of Article 3, letter b, of the Additional Protocol, that requests for mutual assistance shall be addressed to the Ministry of Justice of Chile”.

„Die Republik Chile erklärt, dass Rechtshilfeersuchen für die Zwecke des Artikels 3 Buchstabe b des Zusatzprotokolls an das Ministerium der Justiz von Chile zu richten sind.“

Die Republik Korea hat anlässlich der Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 29. September 2011 folgende Erklärung zum Zusatzprotokoll abgegeben:

(Übersetzung)

“The Republic of Korea declares that if the offence for which assistance is sought is punishable by death under the law of the Republic of Korea, and if in respect of such offence the death-penalty is not provided for by the law of the requested Party or is not normally carried out, the Republic of Korea, if requested, shall give assurance that the death-penalty will not be carried out even if it is imposed by a court of the Republic of Korea.”

„Die Republik Korea erklärt, dass, ist die Handlung, derentwegen um Rechtshilfe ersucht wird, nach dem Recht der Republik Korea mit der Todesstrafe bedroht, und ist diese für solche Handlungen nach dem Recht des ersuchten Staates nicht vorgesehen oder wird sie von ihm in der Regel nicht vollstreckt, so gibt die Republik Korea, wird sie darum ersucht, die Zusicherung ab, dass die Todesstrafe nicht vollstreckt wird, auch dann nicht, wenn sie von einem Gericht der Republik Korea verhängt wird.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. August 2011 (BGBl. II S. 836).

Berlin, den 25. Januar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens über die Zustellung
gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland
in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 2. Februar 2012

I.

Das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1453) ist nach seinem Artikel 28 Absatz 3 für

Malta*) am 1. Oktober 2011
nach Maßgabe von Erklärungen nach den Artikeln 8 und 10 des Übereinkommens

Marokko am 1. November 2011
in Kraft getreten.

II.

Mexiko*) hat am 4. Mai 2011 Erklärungen abgegeben, die die bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 2. November 1999 abgegebenen Erklärungen (vgl. die Bekanntmachung vom 14. Februar 2001, BGBl. II S. 270) teilweise ersetzen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. August 2011 (BGBl. II S. 832).

*) Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht unter <http://www.hcch.net> einsehbar.

Berlin, den 2. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Abkommens vom 5. April 2011
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien
über den Sitz des IRENA-Innovations- und Technologiezentrums**

Vom 2. Februar 2012

Nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 20. Oktober 2011 zu dem Abkommen vom 5. April 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien über den Sitz des IRENA-Innovations- und Technologiezentrums (BGBl. 2011 II S. 1010, 1012) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 24 Absatz 4

am 22. Dezember 2011

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 2. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen
zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau**

Vom 6. Februar 2012

Das Fakultativprotokoll vom 6. Oktober 1999 (BGBl. 2001 II S. 1237, 1238) zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 1985 II S. 647, 648) wird nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft treten:

Côte d'Ivoire

am 20. April 2012.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. November 2011 (BGBl. II S. 1337).

Berlin, den 6. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Änderung von 1997 des Montrealer Protokolls
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

Vom 13. Februar 2012

Die Änderung vom 17. September 1997 des Montrealer Protokolls vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1998 II S. 2690, 2691), wird nach ihrem Artikel 3 Absatz 3 für

Myanmar am 29. April 2012
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. Oktober 2011 (BGBl. II S. 1144).

Berlin, den 13. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1996
zur Änderung des Übereinkommens von 1976
über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen**

Vom 13. Februar 2012

Das Protokoll von 1996 vom 2. Mai 1996 zur Änderung des Übereinkommens von 1976 vom 19. November 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen (BGBl. 2000 II S. 790, 791) wird nach seinem Artikel 11 Absatz 2 für

Irland am 24. April 2012
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Oktober 2011 (BGBl. II S. 1243).

Berlin, den 13. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über Streumunition**

Vom 13. Februar 2012

Das Übereinkommen vom 30. Mai 2008 über Streumunition (BGBl. 2009 II S. 502, 504) wird nach seinem Artikel 17 Absatz 2 für

Dominikanische Republik am 1. Juni 2012

Mauretanien am 1. August 2012

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. November 2011 (BGBl. II S. 1364).

Berlin, den 13. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls V zum VN-Waffenübereinkommen**

Vom 13. Februar 2012

Das Protokoll vom 28. November 2003 über explosive Kampfmittelrückstände (Protokoll V) (BGBl. 2005 II S. 122, 123) zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen) (BGBl. 1992 II S. 958, 959; 1993 II S. 935), wird nach Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 3 und 4 des VN-Waffenübereinkommens für

Laos, Demokratische Volksrepublik am 2. August 2012

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Dezember 2011 (BGBl. 2012 II S. 48).

Berlin, den 13. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 2001
über die Beschränkung des Einsatzes
schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen**

Vom 15. Februar 2012

Das Internationale Übereinkommen von 2001 vom 5. Oktober 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen (BGBl. 2008 II S. 520, 522) wird nach seinem Artikel 18 Absatz 3 für

Montenegro am 29. Februar 2012

Trinidad und Tobago am 3. April 2012

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. Dezember 2011 (BGBl. 2012 II S. 94).

Berlin, den 15. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1978
zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See**

Vom 15. Februar 2012

Das Protokoll von 1978 vom 17. Februar 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1998 II S. 2579, Anlageband zum BGBl. 1998 II Nr. 40) ist nach seinem Artikel V Absatz 2 für

Palau am 29. Dezember 2011

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. Januar 2012 (BGBl. II S. 112).

Berlin, den 15. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten
der Internationalen Meeresbodenbehörde**

Vom 16. Februar 2012

Das Protokoll vom 27. März 1998 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde (BGBl. 2007 II S. 195, 196) wird nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für

Frankreich*) am 22. Februar 2012
nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 23. Januar
2012 abgegebenen Vorbehalts zu Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe c und
Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe e des Protokolls

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. November 2011 (BGBl. II S. 1294).

*) Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 16. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über das auf die Form
letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht**

Vom 16. Februar 2012

Das Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht (BGBl. 1965 II S. 1144, 1145) ist nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für

Moldau, Republik*) am 10. Oktober 2011
nach Maßgabe von Vorbehalten nach den Artikeln 9 und 10 des Überein-
kommens

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. August 2011 (BGBl. II S. 843).

*) Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht unter <http://www.hcch.net> einsehbar.

Berlin, den 16. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern**

Vom 16. Februar 2012

Das Übereinkommen vom 8. September 1976 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern (BGBl. 1997 II S. 774, 775) ist nach seinem Artikel 17 für

Estland am 24. Dezember 2011
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. Mai 2011 (BGBl. II S. 689).

Berlin, den 16. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs**

Vom 20. Februar 2012

Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 (BGBl. 2000 II S. 1393, 1394) ist nach seinem Artikel 126 Absatz 2 für

Vanuatu am 1. Februar 2012
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. November 2011 (BGBl. II S. 1366).

Berlin, den 20. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit
zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt**

Vom 21. Februar 2012

Das Protokoll von Cartagena vom 29. Januar 2000 über die biologische Sicherheit (BGBl. 2003 II S. 1506, 1508) zum Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741, 1742) wird nach seinem Artikel 37 Absatz 2 für

Bahrain am 7. Mai 2012
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Dezember 2011 (BGBl. 2012 II S. 52).

Berlin, den 21. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
des deutsch-tadschikischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 21. Februar 2012

Das in Duschanbe am 27. Januar 2012 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2010 – 2011 ist nach seinem Artikel 6

am 27. Januar 2012
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. Februar 2012

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Marion Urban

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2010 – 2011

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Tadschikistan –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tadschikistan,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Tadschikistan beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Verhandlungen über die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan vom 8. Dezember 2010 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Tadschikistan, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 35 000 000 EUR (in Worten: fünfunddreißig Millionen Euro) zu erhalten:

1. Für die Vorhaben

- a) „Schwerpunktprogramm Gesundheit, Komponente Mutter-Kind-Versorgung und Notfallmedizin, Phase III“ bis zu 9 100 000 EUR (in Worten: neun Millionen einhunderttausend Euro),
- b) „Schwerpunktprogramm Gesundheit, Komponente TBC-Bekämpfung, Phase IV“ bis zu 6 500 000 EUR (in Worten: sechs Millionen fünfhunderttausend Euro),
- c) „Behandlung von Polioerkranken und Polioprävention“ bis zu 5 000 000 EUR (in Worten: fünf Millionen Euro),
- d) „Schwerpunktprogramm Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Komponente Ländliches Finanzwesen, Phase II“ bis zu 12 000 000 EUR (in Worten: zwölf Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahmen, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dienen, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen;

2. Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der folgenden Vorhaben

- a) für das unter Nummer 1 Buchstabe a genannte Vorhaben bis zu 1 000 000 EUR (in Worten: eine Million Euro),
- b) für das unter Nummer 1 Buchstabe b genannte Vorhaben bis zu 400 000 EUR (in Worten: vierhunderttausend Euro),
- c) für das unter Nummer 1 Buchstabe d genannte Vorhaben bis zu 1 000 000 EUR (in Worten: eine Million Euro).

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 Nummer 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Tadschikistan, von der KfW für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 1 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Tadschikistan zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 Nummer 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

(6) Es ist beabsichtigt, die Rückflüsse an die Regierung der Republik Tadschikistan (Tilgungen und Zinsen), die im Rahmen des in Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe d genannten Vorhabens entstehen, in einen überregionalen Fonds zu investieren.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge oder Darlehen zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge

oder Darlehensverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2018.

(3) Die Regierung der Republik Tadschikistan, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

(4) Für den Fall, dass die Republik Tadschikistan für eines der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Vorhaben ein Darlehen erhält, wird die Regierung der Republik Tadschikistan, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Tadschikistan stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Tadschikistan erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Tadschikistan überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge oder Darlehen ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-/Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen,

welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Die im Abkommen vom 14. Mai 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2008 – 2009 für das Vorhaben „Schwerpunktprogramm Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Komponente Aufbau einer Mikrofinanzbank“ vorgesehenen Finanzierungsbeiträge werden mit einem Betrag von 1 000 000 EUR (in Worten: eine Million Euro) der KfW zur Verfügung gestellt, um der KfW zu ermöglichen, ihre Beteiligung am Eigenkapital der „First Microfinance Bank of Tajikistan“ aufzustocken, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Beteiligung festgestellt worden ist.

(2) Die Garantien und Zusagen, die die Regierung der Republik Tadschikistan in Artikel 1 und 3 des Abkommens vom 19. Dezember 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 übernommen hat, gelten auch für die in Absatz 1 genannte Beteiligung.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Duschanbe am 27. Januar 2012 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des russischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Doris Hertrampf

Für die Regierung der Republik Tadschikistan
Hamrochon Zarifi

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbH.
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesanzeiger Verlagsges.mbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de
Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten).
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln
Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend persistente organische Schadstoffe**

Vom 22. Februar 2012

Das Protokoll vom 24. Juni 1998 zu dem Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe (POP) (BGBl. 2002 II S. 803, 839) wird nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für

Montenegro am 9. Mai 2012
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (BGBl. II S. 821).

Berlin, den 22. Februar 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer